Sehr geehrte Damen und Herren,

traditionell beginne ich die Haushaltsrede mit der Feststellung, dass das vorgelegte Zahlenwerk solide zusammengestellt ist und wir die anstehenden Aufgaben mit vorsichtigem Optimismus bewerten und abarbeiten. Theoretisch trifft dies auch auf den diesjährigen Haushalt zu. Allerdings sind bei näherer Betrachtung doch die nachfolgenden kritischen Anmerkungen notwendig.

Die letzten Haushaltsjahre kann man unter dem Motto „Verschiebebahnhof“ zusammenfassen. Die meisten Projekte sind in den allermeisten Fällen aufgrund der hohen Arbeitsauslastung der Verwaltung nicht innerhalb der vorgesehenen Haushaltsjahre abgearbeitet worden. Dies hat zur Folge, dass wir mit Haushaltsresten viele Projekte seit Jahren immer wieder neu im Haushalt veranschlagen. Diese Projekte sind für uns alle daher schon alte Vertraute, und wenn man sich den vorliegenden Haushalt – insbesondere die mittelfristige Finanzplanung – anschaut, werden uns die Sporthalle, die Mühlgasse, der EEA oder die Sportanlagen noch über Jahre hinaus beschäftigen. Daher verwundert es auch nicht, dass wir in der diesjährigen Haushaltsrede viele Aspekte aus den letzten Jahren wieder aufgreifen, weiter verfolgen und teilweise wortwörtlich zitieren müssen.

Kritisch ist dies jedoch, da die letzten Jahre gezeigt haben, dass neben diesen Projekten immer wieder neue dringende Aufgaben unsere Ressourcen in der Verwaltung anderweitig gebunden haben. Wenn wir mit diesem Haushalt also über die vorgenannten Projekte befinden, müssen wir die üblichen adhoc-Aufgaben, die für uns heute noch nicht oder nur im Ansatz erkennbar sind mit „einrechnen“. Es ist also – analog zu den vergangenen Jahren – davon auszugehen, dass die Projekte der mittelfristigen Finanzplanung sich um weitere Jahre schieben. Da sich dadurch auch die Kreditaufnahme unter Umständen um weitere Jahre verschiebt, könnte man ja fast zufrieden sein. Wir sehen dies jedoch – insbesondere unter dem Aspekt der nachhaltigen Haushaltsplanungen – sehr kritisch. Gerade die Sporthalle ist für uns ein Projekt, welches wir sogar als so wichtig erachten, dass es bereits in diesem Jahr in die Vorplanung und die Fertigstellung für 2018 eingestellt werden muss. Die notwendigen Haushaltsmittel von 150.000,- € für die erste Planungsrate müssen sich bereits im diesjährigem Haushalt wiederfinden. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung den vom Jugendgemeinderat auch schon seit etlichen Jahren geplanten Dirtpark und die Umsetzung des alten Haltestellenpavillons in diesem Jahr mit 30.000,- € aktiv unterstützt. Auf der anderen Seite ist bei der Mühlgasse eine weitere Verschiebung mit dem Verlust der Fördergelder aus der Ortskernsanierung verbunden. Wir weisen hier nochmals darauf hin, dass wir in diesem Jahr dringend entscheiden müssen, ob wir dieses Projekt tatsächlich umsetzen können. Wir haben in den vergangenen Jahren mehrfach darauf hingewiesen, dass wir eine Sanierung

und den Erhalt der Hofstelle in privatem Engagement favorisieren. Um dies zu gewährleisten, und den Interessenten den Zugang zu den Fördergeldern nicht zu verbauen, muss dieses Jahr dringend ein endgültiger Beschluss bezüglich der Mühlgasse gefasst werden.

Im Mai 2009 wurde vom Gemeinderat der Grundsatzbeschluss der Teilnahme am EEA gefasst. Seither wurde – nach ein paar anfänglichen Sitzungen - von der Verwaltung eingeräumt, dass die Abarbeitung dieses Projektes nicht leistbar sei. Dies wurde jedoch in kleinen Schritten zugegeben, da uns zunächst die Arbeitsbelastung von Herrn Dustmann und anschließend die Weiterbildung eines Mitarbeiters immer wieder suggerieren sollte, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis wir dann endlich und wirklich ernsthaft an diesem Projekt arbeiten. Herr Faißt nach nunmehr fast 5 Jahren müssen wir konstatieren, dass die Verwaltung kein Interesse an dem EEA hat. Mehr noch, die Verwaltung hat offensichtlich überhaupt kein Interesse im Sinne des Klimaschutzes und der nachhaltigen Haushaltsführung irgendetwas Positives in die Waagschale zu werfen. Wir haben vor 2 Jahren diesbezüglich bemängelt, dass 100.000,- € für die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung nicht im Haushalt auftauchen. Im letzten Jahr waren diese 100.000,- € wieder eingestellt, jedoch wurden sie nicht abgearbeitet. In diesem Jahr fehlen sie schon wieder im Haushalt, was bedeutet, dass diese relativ kleine Maßnahme – die im Übrigen in der Vergangenheit durchaus erfolgreich auch im Sinne der Einsparungen war - seit nunmehr 3 Jahren von der Verwaltung ausgebremst wird. Über die Fraktionen hinweg ist dieser Gemeinderat bisher der Meinung gewesen, dass unsere Kommune den wichtigen Schritt, alle unsere Aufgaben auch unter dem ökologischen Gesichtspunkt zu bewerten, nicht verschlafen sollte. Nach nunmehr 5 verpassten Jahren kann man ja schon fast vom Dornröschenschlaf reden. Bereits in der vorletzten Haushaltsrede hatte ich darauf hingewiesen, dass es mittlerweile im Landkreis ein Klimaschutzprogramm gibt. Von den insgesamt 26 Städten und Gemeinden im Landkreis beteiligen sich 15 am kreisweiten Klimakonzept und 4 haben ein eigenes Klimaschutzprogramm. Renningen gehört neben Weissach, Magstadt, Grafenau, Schönaich, Steinenbronn und Gäufelden zu den 7 Schlusslichtern im Landkreis. Meine Damen und Herren, dies ist für uns nicht länger akzeptabel. Der vom Gemeinderat beschlossene Weg zur Verfolgung eigener Klimaschutzziele wird dadurch torpediert. Wir stellen daher folgenden Antrag:

Die Verwaltung möge darlegen, wie der vom Gemeinderat beschlossene EEA-Prozess künftig umgesetzt werden soll. Alternativ zum Programm des EEA soll die Verwaltung darlegen, wie die damit verfolgten Klimaschutzziele unter eigener Verantwortung der Verwaltung in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen.

Wir gehen davon aus, dass mit einer schlüssigen Darstellung der finanziellen und zeitlichen Aufwendungen der Verwaltung, dieses für unsere Stadtentwicklung wichtige Thema endlich auch die gebührende Aufmerksamkeit erfährt.

Als positives Beispiel können wir bei der Anschaffung des Kleinpritschenfahrzeugs für den Bauhof auf Elektroantrieb setzen. Durch die kurzen Wege, vielen Standzeiten und die regelmäßige Nutzung ist dieses Fahrzeug dafür prädestiniert. Wir bitten um Prüfung und Kostengegenüberstellung.

Ein weiteres wichtiges Stadtentwicklungsthema ist der Verkehrsentwicklungsplan, der dieses Jahr verabschiedet werden soll. Leider ist in der bisherigen Fassung unserer Meinung nach noch nicht genügend berücksichtigt, wie wir als Kommune – gerade auch unter Berücksichtigung sich ändernden Verkehrsverhaltens und der demografischen Entwicklung - den Verkehr in den kommenden Jahren entwickeln wollen. Neben Themen, die wir bei ausstehenden Beratungen im TA noch einbringen wollen, sei zum Beispiel auch erwähnt, dass Ende letzten Jahres der Kreistag die Radverkehrskonzeption für den Landkreis beschlossen hat. Darin enthalten sind 31 Maßnahmen auf Renninger und Malmsheimer Gemarkung, die in unsere Baulast fallen - mit einem Gesamtvolumen von ca. 475.000,- €, die Auswirkungen auf unseren Haushalt haben. Wir bitten die Verwaltung, die entsprechenden Maßnahmen mit dem Landkreis und dem ADFC als Interessenvertretung der Radfahrer abzustimmen, den Gemeinderat zu informieren und die entsprechenden Maßnahmen in den Verkehrsentwicklungsplan aufzunehmen.

Nur der Vollständigkeit halber: Der Kreis übernimmt als Baulastträger auf unseren Gemarkungen für 8 Maßnahmen einen noch größeren Teil, nämlich ca. 780.000,- €.

Ein großes Projekt, das uns die letzten Jahre begleitet hat, ist der Ausbau der Industriestraße, der in diesem Jahr eigentlich seinen Abschluss finden sollte. Sollte deshalb, weil die Erstellung der Fahrradabstellplätze auf der Südseite des Nordbahnhofes im Haushalt überhaupt nicht beziffert ist. Wir sind bisher davon ausgegangen, dass wir angefangene Baustellen, so zügig wie möglich abschließen. Die bisherigen Planungen und Verhandlungen um eine Erweiterung der bisherigen Fahrradabstellplätze ließen daran eigentlich keinen Zweifel. Unseren neuen Stadtbaumeister Herrn Marx laden wir ein, hier gestalterisch eine erste Duftmarke zu setzen und die Verwaltung bitten wir um Einstellung der notwendigen Haushaltsmittel.

Zum Thema Verkehr ist auch noch auf den Gemeinderatsbeschluss vom 25.11.2013 zum Thema Herrmann-Hesse-Bahn hinzuweisen. Der Gemeinderat hat darin der Herrmann-Hesse-Bahn - unter bestimmten Auflagen - bis Renningen **zugestimmt**. Seither sind immer wieder aus den anderen Fraktionen Äußerungen zu hören wie:

„Hermann-Hesse-Bahn ja - bis Weil der Stadt“. Wir finden dies befremdlich. Der desaströsen Informationspolitik aus dem Landkreis Calw stehen wir alle mehr als kritisch gegenüber, dennoch hat dieser Gemeinderat mit oben erwähntem Gemeinderatsbeschluss der Anbindung des Landkreises Calw an die Region Stuttgart nicht grundsätzlich die Absage erteilt. Wir Grünen stehen zu diesem Gemeinderatsbeschluss und erachten es als notwendig, gemeinsam auf die Erfüllung der dort formulierten Voraussetzungen hinzuarbeiten, als mit gegenteiligen öffentlichen Äußerungen unsere eigenen Beschlüsse zu torpedieren. Der ebenfalls in der Debatte immer wieder auftauchende Hinweis auf die sinnvollere Verlängerung der S6 bis nach Calw ist unserer Meinung nach auch Nebelkerzenwerferei. Dieser Verlängerung wurde vor nicht wenigen Jahren durch den Verband Region Stuttgart die politische Absage erteilt, weshalb der Landkreis Calw ja als letzte Möglichkeit innerhalb eines überschaubaren Zeitfensters die Anbindung an die Region zu erreichen, die Reaktivierung der alten Schwarzwaldbahnstrecke verfolgt. Die Verlängerung der S6 kann daher nur als Zukunftsszenario gelten, welches die Hermann-Hesse-Bahn einmal ablösen könnte. Sie ist heute jedoch keine Alternativvariante zur Hermann-Hesse-Bahn und gehört deshalb nur am Rande in die Debatte. Stand heute gibt es aus unserer Sicht nur die Möglichkeiten der Hermann-Hesse-Bahn oder keiner Anbindung. Wir sollten beginnen, uns mit den Konsequenzen für unsere Kommune für den Fall einer Reaktivierung auseinanderzusetzen. Die möglichen Folgekosten oder eventuellen Einnahmen tauchen bezeichnenderweise in unserer mittelfristigen Finanzplanung nicht auf.

Wir fordern daher die Verwaltung auf, die Rahmenbedingungen für eine mögliche Mitgliedschaft im zu gründenden Zweckverband Hermann-Hesse-Bahn auszuloten und dem Gemeinderat zu berichten. Wir sind der Meinung, dass uns als Anrainerkommune in diesem Zweckverband wichtige Entscheidungskompetenzen zustehen.

Mit dem bereits erwähnten Verkehrsentwicklungsplan und dem – ebenfalls dieses Jahr zur Entscheidung stehendem Flächennutzungsplan – stehen zwei große Leitbilder für unsere künftige Stadtentwicklung in den Startlöchern. Der übergeordnete Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 2003 sollte unserer Auffassung nach auch darauf abgestimmt und weiter entwickelt werden. Da wir aber die Auslastung der Verwaltung mit den bereits oben skizzierten Aufgaben mehr als gegeben sehen, wollen wir diese Anmerkung als künftig mitzudenkende Aufgabe verstanden wissen. Zum Flächennutzungsplan wollen wir bereits jetzt zu erkennen geben, wie manche Fraktionen auch im Wahlkampf bzw. in letztjährigen Haushaltsreden, dass unsere Fraktion einem Gewerbegebiet „Östliche Rutesheimer Straße“ die Zustimmung nicht erteilen wird.

Auch zur künftigen weiteren Wohnbebauung haben wir eine kritische Sichtweise. Hier haben sich alle Fraktionen im Wahlkampf dahingehend geäußert, dass wir jetzt mal langsam machen sollten. Sollen wir wirklich, noch ehe die ersten Baukräne im Schnallenäcker die Arbeit beginnen, über ein weiteres Wohngebiet auf der grünen Wiese nachdenken? Herr Faißt, sie betonen zu Recht, dass wir in jeder TA-Sitzung über Neubebauung bzw. Sanierung innerhalb der Ortskerne entscheiden, was ein Zeichen der Innenentwicklung ist. Wir fragen uns, und auch die Kollegen, ob wir die von allen angemahnte langsamere Taktzahl eventuell dadurch erreichen, indem wir in den kommenden Jahren auf die grüne Wiese verzichten. Vielleicht ist dieser „Eingriff in den Markt“ ja die Stellschraube, um das Entwicklungspotenzial in den Ortskernen zu erhöhen. Es muss nicht zuletzt auch die Frage erlaubt sein, ob die einkommensstarken Arbeitnehmer – auf die die Verwaltung bei der Neuansiedlung schielt - nicht viel eher in der Lage sind, die höheren Kosten einer Sanierung zu stemmen. Die der Verwaltung hier zukommende Vermittlungsarbeit, fachliche Begleitung für Sanierungswillige, über die Gebiete der Ortskernsanierungen hinaus, ist ein dauerhafter und auch arbeitsintensiver Prozess. Mit den Anträgen auf Erstellung eines Baulückenkatasters hatten die Vorredner in den letzten Jahren bereits in eine ähnliche Richtung gedacht. Wir sehen hier ein viel größeres Potenzial innerhalb der Verwaltung lenkend aktiv zu werden und die Wohn- Attraktivität in den Ortsinnenlagen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren,

wie bereits ausgeführt, liegt eine Menge Arbeit vor uns. Die Aufgaben haben strukturelle Bedeutung – nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht. Die in den letzten Jahren vorgelegten Zahlen lassen erkennen, dass wir zwar solide gewirtschaftet haben, noch in jedem Jahr konnten wir unsere Aufgaben ohne Kredit bewältigen. Jedoch ist auch erkennbar, dass der Investitionsstau in den kommenden Jahren erhebliche Ausgaben notwendig machen wird. Leider haben wir ohne die Doppik immer noch nicht die genauen Erkenntnisse bezüglich der tatsächlichen Kosten des Erhalts unserer Infrastruktur. Auch unter diesem Aspekt fällt es uns nicht leicht, neue Infrastruktur zu schaffen. Bereits mehrfach hatten wir in den letzten Jahren nicht nur auf die Ausgabendisziplin geachtet, sondern immer wieder auch die Möglichkeiten der Einnahmenseite angesprochen. Leider fallen die Reaktionen der Vorredner immer wieder strikt aus mit dem Hinweis: Mit uns gibt es keine Steuererhöhungen! Hier fehlt eigentlich nur noch ein Basta. Diese strikten Äußerungen lassen uns immer wieder staunend und zweifelnd zurück, da doch von allen Fraktionen immer wieder das Hohelied auf die gute konstruktive Arbeit dieses Gremiums gesungen wird. Die beim Thema Steuern ideologisch anmutenden Äußerungen lassen uns doch daran erhebliche Zweifel hegen. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder dieses Thema in den Kontext unseres Haushalts und unserer Verpflichtung zum nachhaltigen Wirtschaften gestellt. Es ist ja vollkommen legitim, diesbezüglich nicht unserer Meinung zu sein, auch bei diesem Thema unterwerfen wir uns den

Mehrheitsverhältnissen. Allerdings hoffen wir nach wie vor auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit diesem Thema und nicht der pauschalen Verweigerung.

Und zum Schluss noch ein Hinweis an die Verwaltung:

Nach § 81 der Gemeindeordnung soll die beschlossene Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden. Nachdem das Land mittlerweile den Haushaltserlaß rechtzeitig vorlegt, sollten auch wir dem § 81 GemO Rechnung tragen.

In diesem Sinne hoffen wir, auch in diesem Jahr unter den sich verschärfenden Vorzeichen auf gute Zusammenarbeit und kreative Ideen.

Vielen Dank!

Martina Siedentopf • Jochen Breutner-Menschick • Erwin Eisenhardt • Jörg Stenner

Januar 2015